

Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Seewald Verlag, Stuttgart 1974, 970 S., Ln., 78 DM.

Was Verlag, Bundeszentrale für politische Bildung und Herausgeber unter dem schlichten Wort »Bilanz« vorstellen, ist der großangelegte und alles in allem imponierend gelungene Versuch, einen 25jährigen politischen und gesellschaftlichen Prozeß in seinen wichtigsten Stationen und Ergebnissen rückschauend zu analysieren wie auch künftige Entwicklungslinien vorsichtig zu prognostizieren. Daß die Voraussagen für den Leser des Jahres 1976 zum Teil überholt und ihrerseits schon wieder zu Zeugnissen einer bestimmten historischen Real- und Bewußtseinskonstellation geworden sind, ist darauf zurückzuführen, daß die Krise des Weltwirtschaftssystems und ihre Auswirkungen auf die wirtschaftlich-soziale Stabilität, das politische Kräftefeld und auf das politisch-gesellschaftliche Klima der Bundesrepublik noch außerhalb des Erfahrungshorizonts der Autoren lagen. Sechs Hauptteile mit 29 Abhandlungen – hinzu kommen *Löwenthals* Prolog und der Ausblick von *Schwarz* – thematisieren folgende Hauptgesichtspunkte, unter denen das System »Bundesrepublik« beschrieben, analysiert und bewertet wird: 1. die inneren und äußeren Bedingungsbeziehungen, die zur Formierung des westdeutschen Staates führten und seine anfängliche Entfaltung prägten; 2. den staatlich-institutionellen Rahmen; 3. die zentralen Phänomene gesellschaftlicher Dynamik; 4. Parteien und Großverbände; 5. die Verflechtung mit der Europa- und Weltpolitik; 6. die – vor allem in neuerer Zeit relevant gewordenen – Ansätze und Ausbildungen bewußter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Gestaltung. Die Herausgeber mußten, wie sie im Vorwort schreiben, entgegen der ursprünglichen Planung auf Beiträge über Entnazifizierung und Wiedergutmachung, über die Rolle der Massenmedien in der politischen Willensbildung und über den Wandel in der Haltung der Bürger zum Selbstverständnis ihres Staates verzichten. Darüber hinaus liegen konzeptionelle Mängel insofern vor, als die Gewerkschaften nicht ihrer Bedeutung gemäß mit einem separaten Beitrag vertreten sind (*Ellweins* streifende Bemerkungen im Aufsatz über die großen Interessenverbände schaffen keinen zulänglichen Ersatz) und als die kulturelle Entwicklung jenseits und oberhalb des bildungspolitischen Sektors ausgeklammert bleibt. Sicherlich muß ein Buch, das Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen, Theoretiker und Praktiker zu Wort kommen läßt, für die Form der Abhandlungen eine gewisse Variationsbreite – vom assoziativen Essay bis zur systematischen, die Quellen genau nachweisenden Untersuchung – gewähren. Störend aber wirkt die inhaltliche Heterogenität der Beiträge zum Parteiwesen: Während *Susanne Millers* Studie zur SPD und *Heino Kaacks* Arbeit über die Liberalen historische Prozesse verdeutlichen, bleibt *Rudolf Wildenmanns* Untersuchung der CDU/CSU im wesentlichen auf Gegenwartsprobleme, d. h. auf 1972 und kurz davor, fixiert. Zudem sind manche der Feststellungen Wildenmanns, die sich aus diesem Bezug auf die spektakuläre Niederlage der Unionsparteien herleiten, bereits heute zumindest fragwürdig, wenn nicht hinfällig.

Bei der Auswahl sowohl der Herausgeber als auch der Autoren für die einzelnen Aufsätze wurde nicht zuletzt auf parteipolitische Balance geachtet. So sehr die Verfasser in der Einschätzung von Details variieren, so offenkundig sind aber auch das Fehlen grundsätzlicher Systemkritik und die Stützung auf den gemeinsamen Nenner der Affirmation, überwiegend auf einen verhaltenen Konservatismus. Dies ist nicht abwertend gemeint. Im Gegenteil: Eine derartige Disposition fördert das behutsame Infragestellen von Grundannahmen und Schlagwörtern, die die Systemüberwindungsmode jahrelang bis zum Überdruß strapaziert hat. Empfohlen sei insbesondere die Lektüre der Ausführungen, die *Löwenthal* und *Dieter Hilger* zum Begriff »Restauration« machen. *Löwenthal* hebt von den Restaurationsregimes, die er als »selbstsicher, autoritär und zunächst stabil, aber nicht wandlungsfähig« kennzeichnet, die »konservative Demokratie« ab, als die sich die Bundesrepublik zunächst prä-

sentierte (S. 10 f.). Sie sei etwas völlig Neues nicht nur gegenüber der NS-Diktatur, sondern auch im Vergleich zu Republik und Kaiserreich gewesen. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte hätten besitzende Oberschichten und Beamte die Demokratie akzeptiert, zum erstenmal habe sich »marktwirtschaftliche Initiative mit einer fast amerikanischen sozialen Mobilität« ohne die traditionellen Kastenschranken verbunden, zum erstenmal sei »eine im westlichen Sinne bürgerliche Lebensform« entstanden, »gleich entfernt vom hierarchischen Untertanengeist der Wilhelminischen Ära und von der formlosen Gärung der Weimarer Zeit«. Hilger prüft den Restaurationsvorwurf unter dem Aspekt der »Kontinuität der Modernisierung in den Diskontinuitäten der Zeitgeschichte« (S. 113 ff.). Er verweist auf die geradezu existenznotwendige »Schicht nichtkontroverser Fundamentalrestauration« in der wirtschaftlichen, auch in der politisch-sozialen Sphäre. Damit will Hilger wie übrigens auch Löwenthal nicht die Relikte der deutschen Staats- und Gesellschaftsgeschichte wegdisputieren, die den Neuansatz nach 1945/49 tatsächlich belasteten. Aber: »es soll [. . .] lediglich an jene Grenzen erinnert werden, in denen der wie immer heftig geführte Streit allein als sinnvoll erscheinen kann: sie liegen jenseits dessen, was hier als Fundamentalrestauration umschrieben worden ist. Unpolitischen Köpfen oder utopischen Philosophen mag etwas radikal anderes als erreichbar oder machbar erscheinen; hierin besteht der menschlich durchaus ansprechende Irrtum der Großen Weigerung«. Nicht zufällig ist das »Ganz Andere« eine Kategorie der dialektischen Theologie, eine Umschreibung für den Deus absconditus in seiner Unerreichbarkeit und Unfaßlichkeit« (S. 114).

Zu den gehaltvollsten und originellsten Beiträgen gehört *Friedrich H. Tenbrucks* Essay über »Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik«. Das Risiko, nicht die »geronnenen Strukturen«, sondern »die seismographischen Anzeiger, an denen sich ablesen läßt, ob die Antriebe und Bedürfnisse der Menschen sich in gegebenen Institutionen abtätigen und akkommodieren lassen, oder ob und wo sie über die Institutionen hinausdrängen, sich ihnen jedenfalls versagen« (S. 289), in den Blick zu nehmen, wird hier mit äußerster Sensibilität für die Wandlungen des Zeitgefühls und für die facettenreichen Artikulationen privater Wünsche, Freuden, Ängste und Hoffnungen samt den jeweils schwer faßbaren Rückwirkungen auf den öffentlich-politischen Bereich und mit erlesener Sprachkunst bewältigt. Alltagsnormen und Lebensgefühle bilden eine Wirklichkeitsschicht, an der der Historiker oft vorbeisieht, die er vielleicht auch bewußt, in der Ahnung immenser Methoden- und Quellenprobleme, negiert, die er aber kennen muß, um illusionäre Fehleinschätzungen rational organisierter Struktur und politischer Aktion zu vermeiden.

Kurt Klotzbach

Erhard H. M. Lange, Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945 - 1956 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 26), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975, XVIII, 883 S., brosch., 145 DM.

Die Diskussion über Wahlrecht, Wahlsysteme und Wahlverfahren ist seit der Bildung der ersten Regierung zwischen Sozial- und Freidemokraten im Jahre 1969 verstummt. Die Aktualität zur Zeit der Großen Koalition (1966-1969) beruhte auf der Überlegung, durch ein Mehrheitswahlrecht die großen Parteien CDU/CSU und SPD zu trennen und eine von beiden nach einer mit dem neuen Verfahren durchgeführten Wahl mit einer Mehrheit auszustatten, die ein alleiniges Regieren erlaubte. Die Diskussion über das Mehrheitswahlrecht war demnach von den Wünschen nach einem Zweiparteiensystem und der Hoffnung auf eine stabile Regierung geleitet, der - auf dem Hintergrund der Koalitionssituation von 1966 bis 1969 - eine starke Opposition gegenüberstehen sollte.